

# NEWSLETTER

Christian Ahrendt, MdB

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde,

viel hat sich verändert. Nach unserem tollen Abschneiden bei der Bundestagswahl wurde am 26. Oktober der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag unterschrieben. Ich selbst habe als Mitglied der Arbeitsgruppe Bau, Wohnen und Verkehr an den spannenden Sitzungen mit CDU/CSU teilgenommen.

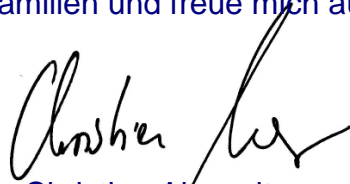
Am selben Tag wurde ich in der Fraktionssitzung zu einem der vier Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion gewählt. Mir zur Seite stehen in dieser Funktion Dr. Claudia Winterstein, der erste Geschäftsführer Jörg van Essen und Otto Fricke. Die Zuständigkeiten wurden auch gleich verteilt und so durfte ich mich u.a. sofort um die Räume aller FDP-Abgeordneten kümmern – keine leichte Aufgaben bei 40 neuen Abgeordneten. Einen solchen Zuwachs der Fraktion gab es noch nie!

Diese und viele andere Aufgaben eines Geschäftsführers haben mein absolutes Engagement der letzten beiden Monate verlangt, sodass ich auch hier um Verständnis bitte, dass das Ein oder Andere in letzter Zeit vielleicht etwas länger gedauert hat.

Thematisch habe ich den Innenausschuss verlassen und arbeite nun schwerpunktmäßig im Rechtsausschuss, seit gut vier Wochen bin ich zudem auch rechtspolitischer Sprecher und beschäftige mich schwerpunktmäßig mit Insolvenzrecht, Handelsrecht und Zivilprozessrecht.

Viele Aufgaben, die im neuen Jahr tatkräftig angegangen werden wollen.

Zunächst aber wünsche ich Ihnen frohe und besinnliche Weihnachtstage mit Ihren Familien und freue mich auf die Zusammenarbeit im nächsten Jahr.



Ihr Christian Ahrendt

## Endgültiges SWIFT-Abkommen muss den Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag genügen

Der Rat der Justiz- und Innenminister hat am 30. November 2009 die Unterzeichnung des SWIFT-Abkommens genehmigt. Neben Deutschland haben sich auch Österreich, Ungarn sowie Griechenland enthalten. Leider hat der Bundesinnenminister de Maizière die Enthaltung von Deutschland gegen den ausdrücklichen Widerstand des Bundesjustizministeriums erklärt.

Das Abkommen soll den bisher weitgehend unregulierten US-Zugriff auf die Daten des Finanzdienstleisters SWIFT, über den Geldinstitute ihren grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr abwickeln, auf eine völkerrechtlich verbindliche Basis stellen. Ziel ist es, die Fahndung nach Terroristen zu erleichtern.

Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist ein gemeinsames Anliegen der EU und der USA. Dazu gehört auch ein entschlossenes Vorgehen gegen die Finanzierung terroristischer Verbrechen. Gleichwohl müssen auch hier die verfassungsgemäßen Anforderungen gewahrt bleiben.

Leider hat sich Bundesinnenminister de Maizière bei den Verhandlungen zum Abkommen nicht durchgesetzt. So sind die Bestimmungen über die Rechte Betroffener und die Möglichkeit der gerichtlichen Durchsetzung seiner Rechte nur unzureichend geregelt worden. Zudem fehlt eine strikte Zweckbindung der Datenerhebung. Nach dem derzeitigen Stand ist daher zu besorgen, dass das geplante Abkommen einen weitreichenden Zugriff auf internationale wie nationale Finanztransaktionsdaten erlaubt.

Bundesinnenminister de Maizière steht nun in der Pflicht, in den künftigen Verhandlungen, die es nach Ablauf der Frist über SWIFT geben wird, für ein angemessenes Datenschutzniveau zu sorgen.

Es wäre ebenfalls wünschenswert gewesen, wenn man das Europäische Parlament in die Debatte eingebunden hätte. Das Europäische Parlament hat eine hohe Legitimation. Es ist in freien und

### Der Rechtsausschuss

In der 17. Wahlperiode hat der Rechtsausschuss 37 Mitglieder. Neben mir als rechtspolitischem Sprecher der Fraktion haben noch fünf weitere Mitglieder der FDP-

Bundestagsfraktion einen Sitz im Rechtsausschuss inne.

Unter dem Vorsitz von

Siegfried Kauder (CDU/CSU) werden wir in den nächsten vier Jahren Gesetzentwürfe vorbereiten und beraten.

Diese werden dann auf der Grundlage von Berichten und Beschlussempfehlungen des Rechtsausschusses im Plenum behandelt. Dem Grundsatz der parlamentarischen Kontrolle der Regierungstätigkeit folgend, entspricht der Zuständigkeitsbereich des Ausschusses dem des Bundesjustizministeriums, das von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) geführt wird.

Die Themen im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestag sind vielfältig. Sie reichen von der Bekämpfung des Mietnomadentums über den Schutz der Pressefreiheit für Journalisten bis zur Reform des Unterhaltsrechts für Kinder.

Unter den FDP-

Rechtspolitikern bin ich unter anderem zuständig für die Bereiche Darlehens- und Insolvenzrecht sowie Zivilprozessrecht.

## Christian Ahrendt, MdB

gleichen Wahlen gewählt worden, und ist damit auch Quelle der Legitimation für grundrechtsrelevante Entscheidungen.

Deshalb drängten wir auf eine Kontrolle der Praxis durch die Abgeordneten in Brüssel und Straßburg. Zudem werden wir darauf bestehen, dass bei den nun anstehenden Beratungen über ein endgültiges Abkommen, der Koalitionsvertrag eins zu eins umgesetzt wird.

### **Buchvorstellung und Paneldiskussion zum Thema Sicherheitspolitik**

Am 18. November 2009 nahm ich an einer Paneldiskussion im Rahmen einer Buchvorstellung „Eine neue deutsche Sicherheitsarchitektur – Impulse für die nationale Strategiedebatte“ teil. Das Buch ist ein Sammelband des Forschungsprojekts „Wissenschaft & Sicherheit“. Die 24 Einzelbeiträge behandeln sehr unterschiedliche sicherheitspolitische Aspekte, von polizeilichen Auslandseinsätzen über Bevölkerungsschutz bis hin zum Luftsicherheitsgesetz.

Zunächst wurden die Gäste von dem Herausgeber der Schriftenreihe, Herrn Robert Glawe, begrüßt. Ein besonderes Erlebnis war die spannende Rede von dem ehemaligen Vorsitzenden des NATO Military Committee, Herrn General a. D. Klaus Naumann.

Anschließend fand eine anregende Diskussion mit Herrn Thomas Kurz, Vizepräsidenten der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und Herrn Patrick Keller, dem Koordinator für Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, statt. Schwerpunkt des Gesprächs war der militärische Einsatz in Afghanistan sowie die Rolle der NATO. Es ging aber auch um die deutsche Sicherheitsarchitektur und ihr Wandel vor dem Hintergrund des internationalen Terrorismus.

Der Abend endete in einer ausgelassenen Atmosphäre in Gesprächen mit interessanten Menschen aus dem Bereich der inneren und äußeren Sicherheitspolitik sowie der Verteidigungspolitik.

### **Ahrendt auf Apothekertag in Rostock**



Anlässlich des Apothekertages Mecklenburg-Vorpommern, zu der die Apothekerkammer, der Apothekerverband und die Scheele-Gesellschaft jährlich die Kerinnen und Apotheker aus Mecklenburg-Vorpommern einlädt, hatte ich die Gelegenheit am 15. November ein Grußwort zu halten. Es ging unter anderem um die im Koalitionsvertrag zwischen Union und FDP

getroffenen Vereinbarungen im Bezug auf die Arzneimittelversorgung in Deutschland.

Die wichtigsten Punkte waren dabei:

- Erhalt flächendeckender und sicherer Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln
- Klares Bekenntnis zur Freiberuflichkeit des Apothekerberufes
- Ablehnung des Fremd- und Mehrbesitzverbotes von Apotheken
- Verbot der Abgabe von Arzneimitteln in sogenannten Pick-up-Stellen
- Deregulierung des Arzneimittelmarktes
- Bessere Nutzung der Chancen innovativer Arzneimittel

## Ring der privaten Arbeitsvermittler in MV sucht Gespräch

Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern des Rings der privaten Arbeitsvermittler e.V. (RdA) traf sich am 8. Dezember zu einem Gespräch mit mir. Der RdA ist der Fachverband privater Arbeitsvermittler und Personalberater. In M-V besteht der RdA derzeit aus 43 Mitgliedsunternehmen. Der Geschäftsführer des RdA, Dirk Wanka, informierte über die aktuelle Situation der privaten Arbeitsvermittler im Nordosten. Bernd Heiden und Peter Bauer, als Mitglieder des RdA-Bundesvorstands verwiesen in der Gesprächsrunde auf die statistisch nachweisbaren Vermittlungserfolge der privaten Arbeitsvermittler, insbesondere auch bei schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen. Kritik übte der Verband an der sich verschlechternden Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit und forderte deshalb eindeutige gesetzliche Regelungen. Die FDP hat sich in ihrem Wahlprogramm zur die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen im großen Bereich der Arbeitsvermittlung bekannt. Damit sicherte ich den Gesprächsteilnehmern meine Unterstützung zu.



## Anfragen an die Bundesregierung zum Thema Mautausweichverkehre in M-V

Im Landkreis Ludwigslust kocht ein Thema in der Öffentlichkeit derzeit hoch – der durch die letzte Mauterhöhung extrem angestiegene Mautausweichverkehr auf Bundes- und Landesstraßen. Die den Landkreis von West nach Ost mittig durchschneidende Bundesstraße 5, nur ca. 15 km südlich der A 24 gelegen, ist vom Anstieg des LKW-Schwerlastverkehrs besonders betroffen. Damit verbunden sind eine hohe Lärmbelastung rund um die Uhr und permanente Verstöße gegen die StVO. Deshalb

kamen die Anwohner der Bundesstraße auf mich zu und baten mich um Unterstützung. Aber auch die Anwohner anderer Fernstraßen in Mecklenburg-Vorpommern, wie die B104, leiden unter dem zunehmenden Verkehr. Um die Anwohner und die für die Verkehrsplanung zuständigen Kommunen durch wichtige Hintergrundinformationen (z.B. Voraussetzungen für LKW-Durchfahrtsverbote oder Ausweitung der Maut auf Bundes- oder Landesstraßen) unterstützen zu können, stellte ich Fragen an die Bundesregierung. Die Antworten darauf sind über das Wahlkreisbüro in Schwerin zu beziehen (Thomas Heldberg, 0385-5937074).

## Aktuell im Bundestag:

Sofortprogramm zur Entlastung von Familien und Unternehmen



Wie es die FDP und CDU/CSU im Koalitionsvertrag verabredet haben, wurde unverzüglich ein steuerliches „Sofortprogramm“ auf den Weg gebracht. Nun gilt es noch, den Entwurf des sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes ins geltende Recht umzusetzen. Dieser Gesetzentwurf bündelt Entlastungen in zahlreichen Bereichen des Steuerrechts. Mit den steuerlichen Maßnahmen werden Bürger und Unternehmen zum 1. Januar 2010 um über 20 Milliarden Euro oder rund 1% des Bruttoinlandsprodukts entlastet.

Es ist erfreulich, dass die FDP nach 11 Jahren die Zukunft unseres Landes wieder mitgestalten darf. Vor dem Hintergrund, dass die Situation in unserem Land durch die Finanz- und Wirtschaftskrise selten so schwierig war wie im Moment, ist es zugleich eine besondere Herausforderung.

Viele Menschen haben Ihren Arbeitsplatz verloren und noch viel mehr Menschen haben Angst um Ihren Arbeitsplatz. Ziel liberaler Politik und der Politik der bürgerlichen Koalition ist es daher, die Rahmenbedingungen für Wachstum zu verbessern, damit die bestehenden Arbeitsplätze sicherer werden und wieder mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können. Es geht also darum, Wachstumshemmnisse zu beseitigen und neue Wachstumsimpulse zu setzen. In diesem Zusammenhang werden wir daher Fehler der Unternehmensteuerreform korrigieren, die für die Betriebe krisenverschärfend wirken und zudem Arbeitsplätze gefährden.

Mit dem Sofortprogramm wollen wir ebenfalls Familien mit Kindern bei der Einkommensbesteuerung unterstützen. Durch eine Anhebung der Kinderfreibeträge und des Kindergeldes in einem finanziellen Gesamtvolumen von 4,6 Mrd. Euro

wird nicht nur die Leistungsfähigkeit von Familien gestärkt, sondern zugleich ein zusätzlicher finanzieller Spielraum für mehr Konsum geschaffen.

Auch im Bereich der Erbschafts- und Schenkungssteuer werden Hemmnisse für den Unternehmensübergang beseitigt. Zum einen werden die Betriebe in die Lage versetzt, auf Veränderungen der Beschäftigungslage flexibler reagieren zu können, zum anderen werden steuerliche Ungleichbehandlungen für Geschwister und Geschwisterkinder beseitigt. Zur Herstellung internationaler Wettbewerbsgleichheit werden zudem Übernachtungen im Gastgewerbe künftig nur noch mit 7 % besteuert.

In der laufenden Legislaturperiode wollen wir weitere strukturelle Verbesserungen im Steuersystem vornehmen und Bürger sowie Wirtschaft weiter entlasten. Denn steuerliche Wachstumspolitik steht nicht im Widerspruch zu nachhaltiger und konsequenter Konsolidierungspolitik.